



---

## **Ausschuss für Migrationsangelegenheiten**

35. Sitzung (öffentlich)

2. Dezember 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 12:50 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Stenografin: Simona Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** verständigt sich der Ausschuss auf folgende Änderungen der Tagesordnung:

1

- Der Punkt „Vereinbarung eines Besuchstermins im islamischen Schülerwohnheim des VIKZ, Duisburg“ wird von der Tagesordnung abgesetzt. Der Besuchstermin soll in einem Obleutegespräch am Rande des Plenums vereinbart werden.
- Der Punkt „Berufliche Integration der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in NRW voranbringen“ wird verschoben, um zunächst dem mitberatenden Schulausschuss Gelegenheit zur Beratung zu geben, der diese aus zeitlichen Gründen noch nicht durchgeführt hat.
- Der Punkt „Gesetz zur Änderung des Schulordnungsgesetzes und des Schulverwaltungsgesetzes“ wird verschoben, um das hierzu vom Hauptausschuss geplante Expertengespräch, an dem sich der Migrationsausschuss beteiligen möchte, abzuwarten.

*(Im Verlauf der Sitzung zieht der Ausschuss noch den Punkt „Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG)“ vor. Er wird zum vierten Verhandlungspunkt.)*

<b>1</b>	<b>Stand der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes auf Landesebene</b>	<b>1</b>
	<ul style="list-style-type: none"><li>• Bericht von Ministerin Birgit Fischer (MGSFF)</li><li>• Diskussion</li></ul>	
<b>2</b>	<b>Diskussion über den 3. Zuwanderungsbericht der Landesregierung „Zuwanderung und Integration in Nordrhein-Westfalen“</b>	<b>10</b>
	<ul style="list-style-type: none"><li>• Bericht von Ministerin Birgit Fischer (MGSFF)</li><li>• Diskussion</li></ul>	
<b>3</b>	<b>Stand der Einführung des alevitischen Religionsunterrichts</b>	<b>17</b>
	<ul style="list-style-type: none"><li>• Bericht von StS Dr. Schulz-Vanheyden (MSJK)</li><li>• Diskussion</li></ul>	
<b>4</b>	<b>Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG)</b>	<b>22</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/6224	
	Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 13/6224, einstimmig an.	
<b>5</b>	<b>„Probleme bei der interkulturellen Ausbildung von Pädagogen in NRW (Elementar- und Primarbereich sowie weiterführende Schulen und Berufsausbildung)“</b>	<b>22</b>

Der Ausschuss beschließt, zu diesem Thema eine Expertenanhörung durchzuführen. Der Termin wird von den Obleuten vereinbart.

**6 Das Kindeswohl muss Vorrang haben - Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention - Minderjährige Flüchtlinge im Sinne der Kinderrechtskonvention behandeln** 23

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/6213

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/6278

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 13/6213, mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP ab.

Der Ausschuss nimmt den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 13/6278, mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP an.

**7 Zukunftsperspektiven für türkische Jugendliche schaffen** 23

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/5271

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/5271, mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP ab.

**8 Zwangsehen verhindern - Zwangsheirat-Bekämpfungsgesetz unterstützen** 24

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/6120

In Verbindung damit:

**Zwangsheirat ächten - Opfer unterstützen - Zwangsehen vorbeugen**

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und

**Zwangsheirat-Bekämpfungsgesetz mit Leben füllen - Aufklärungsarbeit und Hilfsangebote ausweiten**

Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/6205 - Neudruck -

Der Ausschuss gibt kein Votum ab.

\*\*\*\*\*

der, die natürlich ein Stück weit auf ihre wissenschaftliche Legitimation und ihre Akzeptanz durch die entsprechende Glaubensgemeinschaft überprüft würden. Danach suche man nach Möglichkeiten, eine staatliche Lehrerausbildung vor Ort vorzuhalten.

Der Lehrstuhl in Münster umfasse die Islamwissenschaft generell, beschränke sich nicht auf eine Ausrichtung innerhalb des Islam.

**Britta Altenkamp (SPD)** erkundigt sich, ob man über das Angebot einer Ausbildung von Lehrern für alevitische Religionskunde oder alevitischen Religionsunterricht an einem Lehrstuhl in Nordrhein-Westfalen nachdenken müsse.

**StS Dr. Schulz-Vanheyden (MSJK)** bestätigt dies unter Hinweis darauf, dass die Ausbildung auch länderübergreifend stattfinden könne. Beispielsweise gebe es für Orthodoxe Theologie einen Lehrstuhl in München. Zunächst bleibe aber die Entwicklung der nächsten Jahre abzuwarten.

Der Staatssekretär stellt in Aussicht, dem Ausschuss Anfang 2005 über die weiteren Schritte zu berichten.

#### **4 Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/6224

- Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

Der **Ausschuss** nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 13/6224, einstimmig an.

#### **5 „Probleme bei der interkulturellen Ausbildung von Pädagogen in NRW (Elementar- und Primarbereich sowie weiterführende Schulen und Berufsausbildung)“**

Beschlussfassung über eine Expertenanhörung

Der **Ausschuss** beschließt, zu diesem Thema eine Expertenanhörung durchzuführen. Der Termin wird von den Obleuten vereinbart.